

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens...
Verhalten: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Vernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achteigste Zeile oder deren Raum 60 Pf., kleine Anzeigen...
Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Vernsprecher: Amt Norden 9768.

Freiheit
Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Belagerungszustand in Hamburg.

Gegen die Unruhen!

Hamburg, 22. April

Im Einvernehmen mit dem Senat der Freien und Hansestadt Hamburg, sowie den Magistraten der Städte Altona und Wandlbeck...
Die Belagerungszustand über Hamburg, Altona und Wandlbeck verhängt worden.

Gefängnisgruel.

Am 8. April richteten wir an Herrn Schöpplin, den Gouverneur von Berlin, folgende Mitteilung:
Bei den letzten Unruhen wurden zwei Galgier in das Zellengefängnis 3, Lehrter Straße 3, eingeliefert und mit den Namen: „Haut ihn!“ empfangen, worauf die herbeigeeilten Reinhardtstruppen mit Säufen und sogar mit einem 50 Pfd. schweren Holzhammer auf die beiden unglücklichen Opfer einschlugen.

Wir veröffentlichten damals den grausigen Fall nicht, vor allem, um die Uebelthäter nicht zu nennen. Am 20. April erhielten wir von Herrn Schöpplin folgendes Schreiben:
Durch eine Mitteilung vom 8. 4. 19 hat mich die Redaktion der „Freiheit“ auf die Erschießung von drei Galgieren aufmerksam gemacht...

Die Erschießung ist bei heringebrochener Dunkelheit erfolgt; wer die Tat vollbracht hat, war durch die gerichtliche Untersuchung nicht festzustellen. Die Untersuchung gegen einen von der Redaktion mir namhaft gemachten Unteroffizier hat ein negatives Resultat ergeben, ebenso die Untersuchung gegen einen zweiten mir genannten Soldaten. Bei den im Zellengefängnis liegenden Truppen befindet sich kein Mann gleichen Namens, wohl aber zwei Leute ähnlichen Namens, die jedoch nichts zu bekunden wußten.

Nur ein Offizier, der die Transportkolonne befehligte, nachdem ein Offizier, der die Transportkolonne befehligte, bei der Einlieferung die beiden Erschossenen bei sich führte...
Waffen verhehrt getragen und gerandt zu haben.

Schwebt noch die Untersuchung. Das der Redaktion der „Freiheit“ gegebene Versprechen, sie von dem Resultat der Untersuchung zu benachrichtigen, wird hiermit erfüllt.

Die Zuschrift bestätigt die grauenhafte Tatsache, daß Gefangene in den Gefängnissen ohne richterliches Urteil getötet worden sind, nachdem sie vorher schon in Haft gehandelt worden waren. Herr Schöpplin hat pflichtgemäß sich um die Klarstellung bemüht. Das Ergebnis ist leider ziemlich geringfügig geblieben. Wir müssen dabei nochmals darauf hinweisen, daß eine Untersuchung durch die zuständigen Militärbehörden uns unzureichend ersahnt und es dringend notwendig ist, daß überhaupt die Militärjustiz endlich ausgeschaltet wird.

Der Fall der beiden Galgier ist nicht der einzige. Wir sind ja wegen der Aufdeckung der fürchterlichen Vorgänge, die in der Ermordung der 32 Matrosen ihren Höhepunkt hatten, von allen Seiten bekämpft worden und der „Vorwärts“ namentlich konnte nicht genug über unsere Lügen und Verheugungen jammern. Nun wird wohl nicht mehr gelehnet werden können, daß in den Gefängnissen sich furchtbare Tragödien abgepielt haben. Wir wollen warten, wann und ob sie endlich ihre Sühne finden.

Die Lage in Ungarn.

(Drahtbericht der „Freiheit“.)

Budapest, 22. April.

Die Rumänen sind im Laufe des gestrigen Tages auf der Linie Nagybánya—Germényfalva—Borsodnovec stehen geblieben, im oberen Teil sind sie bis Nagybánya vorgedrungen. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Budapest, 22. April

Wie das ungarische Korrespondenz-Bureau meldet, hat die Militärregierung zum Oberbefehlshaber der Armee jenseits der Theiß den Volksbeauftragten Wilhelm Böhm ernannt, der sich heute zur Übernahme des Kommandos in sein Hauptquartier begibt. Zum Kommandanten der Kommissionen hinter der Front ernannte sie den Volksbeauftragten Tibor Szamuely, der etwaige gegenrevolutionäre Bewegungen im Arvegebiet niederzuschlagen sowie bei der Zivilbevölkerung und den Truppen hinter der Front Ordnung und Manneszucht sichern soll. Volksbeauftragter Böhm ernannte zum Generalkommandeur der Armee jenseits der Theiß den Genossen Karel Stromfeld.

Das Volkskommissariat für Auswärtiges hat strengstens untersagt, daß bei fremden Untertanen, die ihre ausländische Staatsbürgerschaft nachweisen, Hausdurchsuchungen vorgenommen werden. Zuwiderhandelnde werden vor das Standgericht gestellt.

Englische Einsicht.

Amsterdam, 23. April.

Dem „Allgemein Handelsblatt“ wird aus London gemeldet, daß der Satz in Lloyd Georges Unterredung „alle Besprechungen der Regierung sind in den Forderungen der Alliierten, die Deutschland vorgelegt werden, verbindlich“ von den Jingo-Bürokraten zu der Forderung aufgebauscht werde, daß die deutschen Friedensdelegierten unterzeichnen oder nicht unterzeichnen müßten und daß man mit ihnen nicht verhandeln solle. Diese Blätter scheinen überzeugt zu sein, daß die Bedingungen, von ihrem Standpunkt aus gesehen, nicht zu wünschen übrig seien und daß Verhandlungen diese Bedingungen nur weniger günstig für die Alliierten gestalten könnten.

Die liberale „Westminster Gazette“ schreibt im Gegensatz dazu, daß es sich keinesfalls darum handeln könne, daß die eine Seite diktiert und die andere unterzeichnet. Die Forderung, daß die deutschen Bevollmächtigten zustimmen, daß diese das Recht haben werden, mit den Alliierten zu verhandeln. Ein diktiertem Frieden, der die Deutschen zu unterzeichnenden Autokratie macht, würde eine gute Entschuldigung sein, um später die Gültigkeit des Vertrages abzuerkennen. Ein gültiger Frieden werde, was Deutschland betreffe, davon abhängen, ob man in den Friedensbedingungen die richtige Linie ziehen werde. Die Alliierten müßten überlegen, nicht, was sie augenblicklich einem Feinde, der geschlagen und erschöpft ist, auferlegen könnten, sondern, was sie in 20 oder 30 Jahren, wenn die große Bevölkerung Deutschlands ihren Einfluß in der Welt wieder gewonnen habe, was unvermeidlich sei, erlangen könnten. Daselbst müßten auch die Italiener und andere überlegen, die im Namen des „heiligen Geistes“ verschrien, aus dem Sieg den letzten Pfennig zu schlagen.

Die Lage unserer Finanzen.

Von Prof. Dr. C. Ballou.

Die Demokratische Partei hat beschlossen, anstelle des abgehenden Schiffer Dernburg zum Reichsfinanzminister zu ernennen. So stand's schon auf weih in den demokratischen Blättern, und erst nachträglich wurde dieser Ullas an die Regierung dahin erläutert, daß selbstverständlich die Regierung das Ernennungsrecht besitze, die Demokratische Partei Dernburg nur vorgeschlagen hätte. Das ist eine bloße Verschleierung der Tatsache, daß die Regierung bei der Befetzung des wichtigsten Hochministeriums „niz tau seggen“ hat, daß die Demokratische Partei als Preis ihres Zusammengehens mit den Mehrheitssozialisten sich ausbedungen hat, daß in allen wichtigen Dingen nach demokratischer, und nicht nach sozialistischer Weise getagt werden soll. So schreckliche Dinge, daß ein sozialistischer Wissenschaftler zum Finanzminister ernannt wird (bekanntlich das ehemalige Mitglied der von Herrn Wissell zu Tode drangalierten Sozialisierungskommission, Prof. Baum-peter), können nur im rückständigen Oesterreich passieren.

Wird nun aber durch die Schilderhebung Dernburgs etwas an dem deutschen Finanzkalamassee gebessert werden? Die „Deutsche Tageszeitung“ dürfte wohl Recht behalten bei der Bemerkung, „selbstverständlich würde Dernburg als bürgerlicher Politiker gar nicht anders können, als in die Fuhrspuren Schiffers treten“. Nach dem, wie die Demokratische Partei Schiffer beirauert, zum Bleiben hat veranlassen wollen, ist allerdings anzunehmen, daß Dernburg nichts tun wird, was den bisherigen Prinzipien der Demokratischen Partei, d. h. dem Nichtstun und Verpöhlen aller sozialpolitisch wichtigen Einnahmequellen (der Regal-gewinnsteuer) widersprechen wird.

Besitzt denn Dernburg überhaupt Kenntnisse in Finanzsachen? Aber gewiß, er ist doch Bankdirektor gewesen! Was für eine Meinung hat denn ein Bankdirektor von allen verwickelter Steuerfragen? Keinel Was ein Bankdirektor versteht, das ist die Technik der Emission von Staats- und öffentlichen Anleihen. Diese Kenntnisse verwechselt man mit der Kenntnis der Finanzwirtschaft überhaupt. Aber — gewiß kann ein tüchtiger, gescheiter Mensch wenn er Zahlenkann hat, sich in kurzer Zeit, unter Umständen schon in einigen Monaten sich finanzwissenschaftliche Kenntnisse aneignen, vielleicht sogar eine gewisse Kenntnis der Finanzgeschichte, deren vollständige Beherrschung eigentlich die Voraussetzung für die Ernennung zum Finanzminister, namentlich in einer so schwierigen Lage, wie die heutige, sein sollte. Denn die deutschen Finanzen warten leider nicht, bis sich ihr Leiter die nötigen Kenntnisse angeeignet hat. Herr Schiffer hatte dies in sechs Monaten noch nicht, sonst wäre er nicht gegangen.

Der Hauptstumpfsinn der bürgerlichen Politiker besteht darin, daß sie nicht begriffen haben und nicht begreifen wollen, daß man mit der alten Routine, mit dem Emporschauben bald dieser, bald jener indirekten Steuern, wie dies in dem letzten Jahrzehnt vor dem Weltkrieg praktiziert wurde, heute nicht mehr auskommt. Damals handelte es sich bei den verschiedenen Geeres- und Marinevorlagen um verhältnismäßige Bagatellen, um 100, um 20, im höchsten Falle um 500 Millionen. Heute aber handelt es sich um das 20—30fache des höchsten Mehrertrags der Vorkriegszeit, das von einem verordneten, aller Hilfsmittel entblöhten Volke aufgebracht werden soll.

Ist da wirklich noch keinem der Herren von der maßgebenden Fraktion der Demokratischen Partei in Weimar ein Talglicht darüber aufgegangen, daß es mit den bisherigen Steueremporschraubungsmethoden absolut nicht geht, daß jetzt wirklich selbst vom bürgerlich-demokratischen Standpunkte aus, ganz neue Wege eingeschlagen werden müssen? Ich fürchte, soviel Einsicht gibt es unter allen demokratischen Volksheulen nicht. Sonst hätte man nicht mit dem feich-schölllichsten Reichsminister Herrn Schiffer bis jetzt gehalten. Auf welche Finanzmaßnahmen verstand sich denn Herr Schiffer? Nur auf die allerfeinsten, auf Maßnahmen, wie sie ein von Reichtum strotzendes Volk ertragen kann. Herr Schiffer hat keine Vermögens-, keine erhöhte Einkommensteuer eingebracht. Die Kriegsgewinnsteuer hat er so lange sich hinauszuziehen lassen, bis es keine Kriegsgewinne mehr zu fassen gibt. Dafür hat er auf indirekte Steuern hingearbeitet. Monopole sind strengstens verboten denn sie erinnern ja an den dreimal vermaldeiten

Sozialismus. Ich ja, man hat ja bereits unter dem Grafen...
Pseudomonopol d. h. als Großhandelsmonopol. — Da, wo
ein Monopol erst gewinnbringend wird, beim Klein-
vertrieb, soll das Recht des Staates aufhören.

Aber wie das Loch im Finanzsystem stopfen? Die Rech-
nung war Herrn Schiffer zu unangenehm, ihm genügt es,
sich gegen die vermeintliche Sozialisierung verwehrt zu
haben. Nur das wußte er zu sagen, daß die Mehrausgaben
fürs Reich gegenüber der Vorkriegszeit etwa rund 14 Mil-
liarden Mark betragen würde, dazu noch Mehrausga-
ben der einzelnen Bundesstaaten und Gemeinden in der
Höhe von 5 Milliarden.

Wieviel ist von diesen Mehrausgaben durch die bisher
beschlossenen Steuern oder Steuervorlagen gedeckt? Die
20prozentige Rohlensteuer hat April-Dezember 1918
577 Millionen erbracht; für 1 Jahr wären also rund
770 Mill. M. zu rechnen. Das Branntwein-Monopol soll
300 Mill. M. netto, abzüglich der früheren Steuer,
etwa 570 Mill. M. mehr bringen. Der Kriegskaufschon der
Zigarettensteuer hat April-Dezember 1918 346 Mill. M.
eingebracht; für 1 Jahr sind also 461 Mill. M. zu rechnen.
Die Abgabe aus Verleihen- und Güterverkehr für 9 Monate
211 Mill. M., für 1 Jahr 280 Mill. M. Macht zusammen
770+461+280=1511 Mill. M. an tatsächlichen Einnahmen.
Dazu aus dem hypothetischen Branntweinmonopol 570 Mill.
Mark, aus der Mehrbesteuerung von Bier 380 Mill. M.,
aus der Umsatzsteuer 900 Mill. M. Das sind alles in allem
auch erst 1511+570+380+900=3361 Mill. M. (Die Er-
höhung der Post- und Telegrafengebühren durch die insolge
Lohnsteigerungen erhöhten Ausgaben werden reichlich aus-
geglichen.)

Die 10prozentige Besteuerung aller Kuponpapiere,
Synthesen dürfte höchstens 1000 Mill. M. bringen. Woher
also den Rest nehmen? Es bleibt die Vermögenssteuer, die
Erhöhung der Einkommensteuer, weitere Erhöhungen der in-
direkten Steuern. Werden sich die in der Nationalversammlung
vertretenen Mehrheitssozialisten wirklich dazu her-
geben, die indirekten Steuern noch weiter empor-
zuschrauben?

Wie steht es denn mit der Vermögenssteuer?
Herr Schiffer hat sich darüber ausgesprochen. Die „Nord-
deutsche Allgemeine“ hat sich gegen mich, als ich im De-
zember in der „Freiheit“ eine Vermögenssteuer vorschlug,
die bei den Mark-Millionären 50 Prozent betragen sollte
und bei 100 Millionen auf 80-90 Prozent steigen sollte, in
wilden Beschimpfungen ergangen. Also dürfen die Millio-
näre nur ganz vorsichtig werden. Es gibt Leute, die
behaupten, das Reichskammergericht würde eine Vermögenssteuer
vorschlagen, die höchstens bis 20 Prozent gehen würde und
dementsprechend höchstens 35 Milliarden Gesamtertrag
hierauf würde (ich hatte eine Gesamtvermögenssteuer von
100 Milliarden vorgeschlagen). Das würde also auf die Ab-
büdung einer jährlichen Hinschuldung von höchstens
1500 Mill. M. herauskommen.

Wiedaun kommt noch eine Erhöhung der Einkom-
mensteuer in Frage. Zu beachten ist, daß die Gemein-
den ihre Zuschläge inzwischen verdoppelt bis verdreifacht
haben. Man könnte als Maximum einen Erlös von
1 1/2 Milliarden aus der Einkommensteuer ansetzen. Aber
man kommt ja bei der Einkommensteuer mit den Finanz-
politikern der Bundesstaaten in Widerstreit: es ist über-
haupt fraglich, ob diese eine Einkommensteuerquote für das
Reich werden zugestehen wollen. So ist denn in der Tat
nicht abzusehen, wie das von Herrn Schiffer für das kom-
mende Steuerjahr berechnete Defizit von 7 Milliarden M.
gedeckt werden soll.

Die Güter der Heiligkeit des Privateigentums ver-
graben ihren Kopf hartnäckig in den Sand und steuern mit
Siebenmeilenstiefeln auf den vollen Staatsbankrott zu —
eine wirklich durchgreifende Vermögenssteuer, die
„Auflage“, wollen sie eben nicht, die Kriegsgewinnler haben
sie schon aus dem Reich gelassen. Ebenjowenig will man
etwas von Monopolen wissen.

Die Todfeindschaft gegen die Monopole ist prinzipiell,
vom privatwirtschaftlich-reinlich egoistischen Standpunkte
aus verständlich. Das Tabak-, Branntwein-, Bier- und

andere Monopole würden die Anzahl der „Strotzstellen“ für
den Mittelstand verringern. Lieber soll also das Reich zum
Teufel gehen! Ich erwih: die Herren bürgerlichen Indi-
vidualpolitiker beweisen uns tagtäglich, daß der Sozialis-
mus, der ja auch mit einer Monopolisierung verknüpft wäre,
das minderwertige Wirtschaftssystem sei. Nur das „An-
streben“ des Unternehmers und seiner Gelderhalter bringe
hohe Leistungen zuwege. Studium der Finanzwissenschaft
und Finanzgeschichte ist verpönt: denn daraus könnte man
ja lernen, daß die Verleihenungskosten beim Tabak-, und
Branntwein-Monopol nur etwa 10 Prozent betragen
gegen 75-100 Prozent beim individualistischen Kleinver-
trieb. Die fundamentale Lattode in Betracht, daß hierdurch
die Einführung des staatlichen Großbetriebes 2/3 der
heute vorhandenen Arbeitsstätten erspart werden können.
Tut nicht, von Monopolen sollen wir die Hände lassen!

Es ist wirklich höchste Zeit, daß gegen dies Stämper-
tum der „demokratischen“ Machthaber der deutschen Finan-
zen Struktur aeredit wird: Entweder heraus mit Euren
Wämen, wie Ihr die Finanzen des Deutschen Reiches zu
retten gedenkt, oder fort mit Euch in die Berjerntuna!

Ein Schwindelmauöver.

Die Mamage, die sich die deutsche Regierung durch ihre
Auslegung der Note General Rubans vom 15. d. M. geholt hat,
hat bei dem „Berliner Tageblatt“, das mit der anderen Presse
zu dieser Mamage beigetragen hat, das überraschende Ergebnis
gezeigt, daß es eine wütende Attacke gegen uns reitet, weil
wir es gewagt haben, der Sache die Schelle umzuhängen und
auf das törichte Treiben in der Friedensfrage hinzuweisen.

Man könnte über diese Haltung zur Tagesordnung über-
gehen, wenn das Blatt sich nicht die lächerliche Behauptung erlaube,
wir hätten das „Verlangen nach einem Wilsonfrieden“ als
„Anfang“ bezeichnet. Diese Behauptung ist eine Fälschung.
Wir sagten, indem wir die entsprechende Erklärung Eberts
zurückwiesen, wörtlich:

„Es wird mit jedem Tage immer mehr offenkundig, daß
unter dem Deckmantel des Wilsonfriedens ein neuer
frecher Schwindel eine neue Kampagne zur Entfaltung der
nationalistischen Leidenschaften Deutschlands in Szene gesetzt
wird“.

und wir wiesen weiter auf das verwerfliche Treiben jener
Leute hin, die unter Berufung auf den Wilsonfrieden mit dem
Gedanken der Nichtunterzeichnung des Friedens
spielen. Diesem Spiel hat Ebert mit seiner Erklärung, kein
deutsche Regierung würde einen Frieden unterzeichnen können,
der den 14 Punkten Wilsons widerspricht — ebenso wie das
„Berliner Tageblatt“ mit seiner ähnlichen Stellungnahme in der
Sonntagsnummer — Vorschub geleistet, und deshalb waren wir
durchaus berechtigt, eine solche Kurzsichtigkeit als Anfang zu
bezeichnen.

Wenn jetzt vom „Berliner Tageblatt“ wie vom „Vorwärts“
versucht wird, unserer Kritik den Sinn zu unterziehen, daß
wir gegen einen Gewaltfrieden nichts einzuwenden hätten, so
richtet sich diese Unterstellung von selbst. Welche Haltung
unserer Partei seit jeder in dieser Frage einnimmt, braucht wohl
mit keinem Worte näher erörtert zu werden. Die U. S. P.
lämpfte mit allen ihr zugänglichen Mitteln gegen den Gewalt-
frieden, als die meisten heutigen Anhänger Wilsons im Strome
der deutschen Gewaltpolitik schwammen. Unser Standpunkt hat
sich nach der Niederlage Deutschlands nicht im geringsten ge-
ändert. Wie wir früher den Gewaltfrieden Ludendorffs be-
lämpften, so sagen wir auch heute den Vertretern des Gewalt-
friedens in den Entente-Ländern schärfsten Kampf an.

Die entscheidende Frage ist nur, wie dieser Kampf zu
führen ist. Die Bankrotteure des alten Regimes und mit
ihnen manche Phrasen des Pazifismus glauben die Entente
bluffen zu können. Diesen Standpunkt halten wir aus real-
politischen wie aus prinzipiellen Gründen für verfehlt, für schäd-
lich, ja verhängnisvoll, sowohl für die äußere wie für die innere
Politik Deutschlands. Deshalb belämpfen wir jeden Schritt,
jede Maßnahme der Regierung, die diese Bluffpolitik, die letzten
Endes den allseitigen Gegenrevolutionären zugute kommen wird,
zu fördern geeignet ist.

Unser eigener Standpunkt in dieser Frage ist folgender:
Wir lehnen die Gewaltpolitik und den Anreizismus der
Entente nicht minder entschieden ab, wie die Gewaltpolitik
Ludendorffs, die uns zum Zusammenbruch geführt hat. Wir

geben uns aber nicht der Täuschung hin, daß wir durch Woh-
lprotekte und Kluff etwas erreichen könnten. Wir appellieren
vielmehr an die Solidarität und die revolutionäre
Einsticht der Arbeiter in den Entente-Ländern, wir rufen
sie zur Hilfe auf gegen die Gewaltpolitik ihrer Schatzkammer,
und wir unfererseits sind bestrebt, ihren Kampfesmut, ihre Ent-
schlossenheit zu steigern, indem wir auf unserm inneren Kampf-
felde für den Sieg der revolutionären sozialistischen Ziele
eintreten.

Wer hält die Freiwilligen-Korps aus?

Ueber das Wesen der Freiwilligen-Vereine und den
Ursprung ihrer unerjchöpflichen Geldmittel schafft der
folgende Brief Klarheit, der von dem Leiter der Hauptstelle
des Freiwilligen Landesjägerkorps in Steglitz ge-
schrieben ist und den die Leipziger „Neue Bahne“ ver-
öffentlicht.

Geheim.
An den Etat des Freiwilligen Landes-Jäger-Korps,
B. r. m. a.

Von seiten einer Vereinigung der Industriellen Deutschlands
ist eine große Sammlung veranstaltet worden zu dem Zweck die
Stimmung in den Freiwilligenverbänden durch Lebensmittelaus-
schüsse zu heben. Diese Lebensmittel sollen die einzelnen Ver-
bände selbst beschaffen.

Es werden aufgeführt: pro Kopf und Woche etwa 20 Mark.
Es sind umgehend bis Freitag hier eintrreffend genaue Sach-
nachweisungen einzureichen, die von uns dann dem Korps-Komitee
übermittelt werden. Die erste Rate von 100 000 Mark ist
bereits übergeben worden, und bitte ich um Anweisung, an welche
Bank und auf welches Konto ich den Betrag überweisen soll.

Von dieser Ebene sollen außer dem Herrn General, dem
ersten Generalkommandostellvertreter, dem Intendanten und mir niemand
etwas wissen da es unzulässig ist, daß die Verteilung
dieser Mittel nicht falschen Vermutungen Tür
und Tore öffnet. Die Auszahlung der nächsten Rate soll
jeder weiteren wird jeweils am Sonnabend stattfinden.

Ich möchte noch einmal wiederholen, daß dieses Geld (es ist
für Essen, Trinken und Rauchen Verwendung zu
finden soll, wobei daran gedacht werden soll, daß Bierabgabe
veranstaltet werden, bei denen auch die Angehörigen teilnehmen
sollen).

Es wird gewünscht, daß die Stimmung der Truppen
durch Propagandamachen gehoben werden soll.

Die Propaganda- und Werbe-Offiziere sollen sich künftig
regelmäßig am Sonnabend auf dem Generalkommando einfinden,
um in gemeinsamen Besprechungen die Ausführung
des Gewünschten vorzubereiten.

Sollte die Besetzung des Oberleutnants Rednagel nach
hier dortheits nicht so sehr wie durch mich selbst gewünscht werden,
so würde ich vorschlagen, den mir befreundeten Direktor des
Spemann-Verlages, Herrn Spemann, als Leiter dieser Stelle
hier zu verpflichten. Ich halte den Herrn hierfür für ganz be-
sonders geeignet. Herr Spemann war während des Krieges in der
Kriegsgefangenenfürsorge tätig, und ist als Beamtenführer
einberufen gewesen. Wenn ich Herrn Spemann verpflichten soll,
so würde ich bitten, ihm neben der dienstlichen Vergütung noch eine
Ergänzung von 250 Mark monatlich zu bewilligen.

Es wird gewünscht, daß Vertrauensleute aufgestellt werden,
welche dazu dienen, die schlechten Elemente aus den Formationen
zu entfernen, und die Kommandeure in der Bestimmung der schäd-
lichen Elemente unterstützen. Diese Vertrauensleute sollen verhält-
nis mit den anderen laufen. Es soll in der Wahl dieser Vertrauens-
leute sehr vorsichtig vorgegangen werden und diesen Leuten espe-
ziell eine Prämie zugesichert werden. Seitens des Generalkom-
mandos wird die bisherige Zeitung „Die Trommel“ als Solddien-
stzeitung künftig erscheinen und in derselben ernste und heitere
Dinge behandelt werden.

Es soll dafür fürsorge getroffen werden, daß Mannschaften
und Offiziere Zeitungen zur Verfügung stehen, die ihre Meinungen
und Empfinden entsprechen und die so schnell
in die Hände der Soldaten gelangen, daß sie noch neuen Datums
sind.

Es ist des Weiteren in Beratung beim Generalkommando, ob
den Werbeoffizieren eine Prämie zugesichert werden
soll. Ich möchte daher an dieser Stelle meinen mündlich gemachten
Vorschlag wiederholen, daß aus dem Propagandafonds an ange-
sehene Agenten eine Prämie von 100 Mark von jedem ange-
wordenen und durch uns angenommenen Mann bezahlt wird. Ich
würde dann mein Werbegebiet in etwa sechs bis acht Abteilungen ein-
teilen, für jeden Abschnitt einen Werbeoffizier verpflichten, der
wiederum in allen größeren Orten einen Agenten aufzustellen hat.
Diese Agenten sollen entweder pensionierte Offiziere, alte Ger-
manienwachtmänner, Kriegerverweigerer und dergleichen
Leute sein.

Da diese Leute über die lokalen Verhältnisse und so auch über

Eine Volksabstimmung

veranstaltet vom Arbeitsrat für Kunst*)
Von Bruno Lant.

Auf meinen Vorschlag in der „Freiheit“ sind die Besucher
der Ausstellung unbekannt Architekten gebeten worden, dort ihr
Urteil auf einem Zettel abzugeben. Wie hier schon ausgesprochen,
war nur das Wichtigste des Urteils des einfachen Mannes und der
einfachen Frau. Ganz allgemein finden wir hier neben einer
Ablehnung, eine ganze Anzahl freudiger und erfreuender Zu-
stimmungen zu der Veranstaltung im ganzen: von einem Me-
tallarbeiter z. B. „große Hochachtung vor dem Fleiß und
Gedankenreichtum“, dann auch: „endlich etwas Neues, endlich
etwas Originelles — das Alte sinkt und neues Leben blüht aus
den Ruinen“. Und ein Schlosser sagt an sein sehr gesundes
Urteil die Worte an: „abrigens schade ich alles, was A u n d i s t“.
Es ist erstaunlich, wie im Proletariat jede Richtung ihren Boden
findet. Es wird alles mehr als in einer anderen Schicht direkt
und ohne Vorurteil genommen. Offenbar glaubte wohl der
einfache Mann auf einer Architekturausstellung in Verkenntnis
des Zweckes Vorbilder für seine Häuser zu finden, wie er sie
sich auf seinem Gartengrundstück erbaut wünschte, und so Ham-
melte er sich in der Stimmenmehrzahl an die höchsten Garten-
häusern von Viel. Da die Frage des Kleinhauses
heute aber als im Wesentlichen gelöst betrachtet werden kann
und jeder praktische Architekt in seinem Bureau eine ganze
Musterkollektion dafür zusammengearbeitet hat, so mußte dieser
an sich verständliche Wunsch schlicht erfüllt bleiben. Wir wollten
doch die neuen Möglichkeiten für die Baukunst der Zu-
kunft suchen und konnten deshalb nicht nach Programm und
Bedürfnis gehen, sondern nahmen das Talentvolle, wo uns in
weicher Form es sich bot. So ist es uns ein besonderes Erlebnis,
daß die Proletarier mit nur geringem Unterschied gegen
Biel sich in zweiter Stelle für die starke architektonische Ver-
kennung des leider verstorbenen Künstlers Waldenbach ausge-
sprochen haben, der, wohl zweifellos der höchste Architekt dieser
Ausstellung, seine Arbeit in Grundriß und Kufeis streng mit-
teilt, ohne in der Zeichnung und der ganzen Darbietung

im geringsten dem Auge des Beschauers zu schmeicheln. Hier ist
wahrhaft architektonisches Gefühl. Heißt uns, so zu bauen! Da-
neben fand jeder Künstler seinen Liebhaber, am meisten L u d-
h a r d t, L a d e r e und — F i n s t e r l i n. Gerade diesen haben
wohl die Arbeiter am besten verstanden. Einer schreibt, seine
Arbeiten „gehörten auf die Raik- und Rüdelsellen einfarbter
Landschaften“, und ein anderer Arbeiter schreibt mit Humor:
„Bei meinem nächsten Lotteriegewinn soll uns der Architekt
Finsterlin ein Schloß in seiner Art bauen — das Grundstück be-
findet sich auf dem Monde.“ Dies ist die richtige Haltung, daß
nicht wild werden, wie die meisten Architekten, sondern den Bau-
spieltreib hinterlassen, wie er sich nicht! Ein Schüler lehnt die
braven ästhetischen Architekturen ab und schreibt zu den phantasti-
schen: „Etwas ganz Neues, Kindliches, Jugendliches! Man solle
so etwas auch einmal in unseren Schulen zeigen!“ Es ist
außerordentlich beachtenswert, daß die Arbeiterklasse sich mit den
Wollenstapen- und Großstadtplanungen fast gar nicht abgeben.
Der gesunde Sinn flieht diese Zusammenballungen und freut sich
eher an dem Aufgelassen, dem Aufgelassen in der Materie und
im Geist.

Die Stimmen der gebildeten Vollen sind „ästhetischer“ gerichtet.
Die herbe Architektonik von R a i d : n b a c h wird fast ganz über-
gangen, hier bezaubert K e n o l d L o p p mit seinen entscheidenden
Zeichnungen die Phantasie, und von den Wirklichkeitsarchitekten
L u d h a r d t und B i e l. Mit Finsterlin beschäftigt man sich mehr
theoretisch, oft in Anerkennung, daß er aus dem Grate des
Naturbildens das Neue schöpft. Hier findet auch H e r z o g
R o d e l l sein Recht. Aber hier wird auch die Ausstellung als
Ganges in Grund und Boden verdammt, während andere Stim-
men schreiben: „Wie gefällt mir besten die Freiheit, mit der
jeder zu Worte kommt!“ (Es teilt den Sinn der Veranstaltung)
— oder: „es ist eine helle Freude“ oder mit Bezug auf G o l d-
s c h e i f f: „Es lebe die Revolution von Ewigkeit zu Ewig-
keit! Amen“

Stiefelpuher.

Von Walter Eschbach.

„Hier werden die Stiefel gepuht — Mählan!“ — „Na,
Recker, kommst Er von und lassen Sie sich die Stiefelchen
blan-fieren!“ — „Ich puh die Stiefel blank und schon, damit
Kannan k. da-m bei die Avant hingen!“ — Es war ähnlich bei

es dem Vorübergehenden möglich entzogen. Unsere Jugend
arbeitet; reihenweise stehen sie da, die neuen Geschäfte —
Unternehmer und jüden Bedienten. Ihren Boden tragen sie unter
den Arm geklemmt, ein Geschäft ohne Transportkosten und
Spesen — und ohne Risiko. Einer überschreit den anderen, und
macht einer der Passanten Wiene, ihre Kraft in Anspruch zu
nehmen, dann weih er oft vor Angst nicht, wenn er es zusammen-
lassen soll; dann geht es um ihn wie um ein Ende Wurf.

Ich muß an die calca victoriele Bukaresta in Rumänien
denken, wo die Stiefelpuher zu Hause sind. An den Ecken, auf
Plätzen, in Landstraßen sitzen die Vertreter dieses Gewerks,
mit ihren großen Bürsten auf den Kassen trommelnd, der oft
mit Spiegel und Mähbeschlag prächtig ausgestattet ist. Ru-
mänen, Armenier, Türken, Griechen neben gerumpten braunen
Bigennerbenpels, eine Zigarette in den Mundwinkel geklemmt,
ein internationales, buntes Gemisch. Und sie verheben ihre Ge-
schäfte, das muß ihnen der Reiz lassen. Fast liebt sie sie
sie mit Bürsten und Lappen über das ihnen anvertraute Schuh-
werk, um einen Hochglanz zu entwickeln, in dem man sich spiege-
len kann. Wie sie die großen Bürsten mit beiden Händen hand-
haben — man ist hoff über eine derartige Geschwindigkeit und
Geschicklichkeit. „Stiefelpuher Herr, Stiefelpuher, ein Zigarette!“ schreit
so ein Bigennerbengel die Feldgauen an und zeigt lodend und
lachend seine weißen Bahne. „Stiefelpuher, Herr Kamerad, ein
Zigarette“, soviel Deutsch hatten sie schon gelernt.

Was mir dort für unsere Verhältnisse unmöglich schien, ist
doch Tatsache geworden. Vielleicht erzähle Vater einem seiner
Jungen seine Erlebnisse in Rumänien und sprach Schmunzelnd
auch von dem Stiefelpuher, und sein Junge halte den Gedanken
hier ein Gebiet zu finden, mit dem Geld zu verdienen wäre, und
stehe da, das Geschäft ging, und die Konkurrenz, und seine kleine
Stelle sich auch rasch ein.

Das Lothen im Aino.

Ein Filmkomiker über seine Erfahrungen.

„Wenn ich Menschen treffe, die von mir erklärt haben wollen,
wie ich es anstelle, die Leute zum Lachen zu bringen, so wird
mir immer übel, und ich veruche, mich davon zu machen.“ Es
erzählt der amerikanische Filmkomiker Charlie Chaplin, einer der
Lieblinge des amerikanischen Kinopublikums, in einer englischen

*) Die Ausstellung am Kurfürstendam 202 ist bis Ende
dieser Woche geöffnet und soll dann in anderen Städten: Sas-
nover, Weimar u. a. gezeigt werden.

Die Meinung der einzelnen Menschen am besten orientiert sind, so glaube ich, daß wir auf diese Weise rasch und gleichmäßig ein gutes Material bekommen können.

Dieses interessante Dokument zeigt, wie die Träger der mit gewaltigen Mitteln betriebenen Propaganda für die Freiwilligenverbände sind. Es beseitigt jeden Zweifel, in welchem Interesse die Aufrechterhaltung der Freiwilligenverbände liegt. Die Vereinigung der Industriellen Deutschlands, die dem Landesjägerkorps 100 000 Mark lediglich als erste Rate zur Verfügung gestellt hat, damit für Essen und Trinken jedes Mannes 20 Mark verwendet werden können, weiß, daß sie diese Mittel nicht ungenutzt veranlagt, sondern dafür auf den sicheren Schutz ihrer kapitalistischen Interessen rechnen kann. Als vor fast zwei Jahrzehnten der Graf Solodowsky 20 000 Mark von Industriellen zur Propaganda gegen die organisierte Arbeiterkraft erhielt, da gab es in der Arbeiterbewegung einen Sturm der Enttäuschung. Heute ist es ein offenes Geheimnis, daß neben den ungeheuren Aufwendungen des Reiches für die Freiwilligenverbände auch die Kapitalisten große Summen hergeben, um die Freiwilligen in gute Stimmung zu versetzen.

Das Dokument läßt aber auch interessante Einblicke in die Art der Verwendung der Gelder und in das Bestreben, die Freiwilligenverbände von allen „nicht zuverlässigen“ Elementen zu säubern. Wie aus dem Brief hervorgeht, sind die Vertrauensleute bei den Freiwilligenverbänden nicht Vertrauensleute ihrer Kameraden, sondern Spitzel ihrer Vorgesetzten, die sie benutzen, um unbedeutende Elemente sofort zu entfernen. Bezeichnend ist aber auch, wie die Werbeoffiziere für die Freiwilligenverbände entlohnt werden. Genau wie bei den alten Soldaten, so erhalten sie auch in der Präfektoren- oder Kommandantenliste ein Kopfgeld, das sie verlangen soll, ohne jede Rücksicht auf die angewandten Mittel, recht viele Elemente zu gewinnen. Das Werbepersonal für die Freiwilligenverbände wird zu einem sehr einträglichen Geschäft gehalten, denn für jeden Mann erhalten die Werber 102 Mark. So zeigt dieser Brief, daß die Freiwilligenverbände nichts anderes sind als Schutzbund des Kapitalismus, in deren Interesse sie wirken und von dem sie aufgehalten werden. Und die Instrukteure für diese Freiwilligen-Verbände, die mit dem Geld der Unternehmer bezahlt wurden, bei der „Vorwärts“ monatlich ausgenommen, bis der Entlassungssturm der eigenen Anhänger ihn zwang, auf diese Einnahme zu verzichten!

Generalstreik in Augsburg.

Augsburg, 22. April. Der im Stadtteil Oberhausen verübte Mord der bewaffneten Arbeiterschaft hat um 1/2 Uhr die gemachten Gefangenen, die Württemberger, darunter einen Offizier, und 20 Bayern, ausgeliefert, ebenso beträchtliche Mengen von Waffen. Um 8 Uhr ist Infanterie mit zwei Geschützen in die Oberhausen vorgelagerte Vorstadt „Vind der Werd“ eingerückt. Die Säuberung des Wappes vor der Verladungsbrücke mußte durch Gewaltanwendung erfolgen. Dabei wurde ein Arbeiter getötet und drei verwundet. Heute vormittag fand auf dem großen Platzplatz eine Massenversammlung der Arbeiterschaft statt, in der der Generalstreik für die Dauer der Anwesenheit der Regierungstruppen beschlossen wurde. Die verlastete, beachtliche Stadtkommandant Edelmann von seinem Posten zurückgezogen. An seine Stelle soll der Abgeordnete für die Nationalversammlung Simon treten.

Demonstration gegen die Freiwilligenwerbung in Nürnberg.

T. U. Nürnberg, 23. April. Wegen der Anwerbung für das Schützenkorps veranstalteten gestern vormittag Sozialisten eine Demonstration. Kurz nach Eröffnung des Werbebureaus für das bayerische Schützenkorps im „Krocholl“ fanden sich gegen 9 Uhr vor dem Lokal etwa 50 Anhänger des Sozialbundes ein, verhinderten die Freiwilligen, die sich zum Eintritt in das Korps messen wollten, am Zutritt und

verlangten schließlich die Aufhebung des Werbebureaus. Da die zur Stelle befindlichen Sicherheitsmannschaften gegen die Menge nicht anstießen konnten und man Zusammenstöße vermeiden wollte, wurde dem Verlangen der Demonstranten Folge geleistet.

Der Generalstreik in Bremen.

Bremen, 22. April. Schmidt's Bureau meldet: Die Streiklage in Bremen hat sich im allgemeinen nicht verändert. Die Arbeiter versammelten sich an verschiedenen Stellen der Stadt, wurden aber durch die Maßnahmen der Regierungstruppen und der Stadtwache daran verhindert. Demonstrationen irgendwelcher Art auszuführen. Sie blieben nachmittags auf preußischem Gebiet eine Versammlung ab und wurden bei ihrer Rückkehr nach der Stadt auf Waffen untersucht. Eine Fivierberke wurde durch einen Schuß eines Arbeiters verwundet. Plünderungen oder Ausschreitungen fanden nicht statt. Die Truppen waren im Alarmzustand.

Enthastet.

Braunschweig, 22. April. Die früheren Volksbeauftragten Dertel und Eckardt sind auf Anordnung des Reichswehrministers aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren gegen sie wird dadurch nicht berührt.

Professorenversammlung der Erwerbslosen.

Am 17. d. geschrieben: Auf dem Reichs-Erwerbslosen-Kongress ist beschlossen worden, im ganzen Reich Professorensammlungen einzuberufen, falls die Regierung die dringenden Mindestforderungen der Erwerbslosen innerhalb einer bestimmten Frist nicht bewirkt. Die Forderungen müssen nunmehr als gescheitert betrachtet werden. Die Professorensammlungen sind daher nicht mehr aufzuführen. Sie finden überall im Reich am Donnerstag, den 24. April, statt. Der Groß-Berliner Erwerbslosenrat schlägt folgende Resolution für die Versammlungen vor:

Die Professorensammlung der Erwerbslosen protestiert mit lebhaftester Erbitterung gegen die Regierung Ober-Schuldenmann, die für die Schicksale der Reaktion, die Freiwilligenverbände und vor allem die Offiziere wöchentlich Millionen und aber Millionen und die besten Lebensmittel in reichlicher Menge übrig hat, die fast jeder Hunderte von Millionen im Reich auswendig, um das wieder aufzubauen, was durch die angeblichen Hüter der Ordnung, die von unverantwortlichen Lebern der Bourgeoisie bis zum faulsten Blüthen der aufgepöbelten Kostgorden zerstört wurde. — die aber den Millionen der Erwerbslosen die großen Katastrophen der Unterfütterung immer noch weiter fängt, ihnen den Professor von Monat zu Monat höher hängt — und das angesichts der täglich steigenden Kosten der gesamten Lebenshaltung. Die Verarmung der Erwerbslosen fordert von der Regierung:

- 1. Sofortige Anerkennung der von den Erwerbslosen gewählten Ausschüsse und Arbeiterräte als ihre berechtigten Vertreter durch Reich, Gliedstaaten und Gemeinden.
- 2. Sofortige Erhöhung der Unterstützung auf den vor dem 1. März geltenden Satz mit rückwirkender Kraft, sowie Anwendung der Bestimmungen vom 1. April nur für die Orte, in denen damit eine Erhöhung der Unterstützung verbunden ist, ferner Rückzahlung der Differenz zwischen alten und neuen Unterstützungssätzen.
- 3. Sofortige Schaffung eines Reichsgefaches über die Erwerbslosenfürsorge nach dem vom Reichs-Erwerbslosen-Ausschuss aufgestellten Entwurf, unter Ausschaltung der von der Regierung geplanten Regelung der Erwerbslosenfürsorge auf dem Wege eines Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes.
- 4. Zahlung der Erwerbslosen-Unterstützung mit rückwirkender Kraft auch für die Sonntage.
- 5. Gleiche Höhe der Unterstützung für männliche und weibliche Erwerbslose.

Falls die Regierung diese Forderungen bis zum 3. Mai nicht bewilligt, werden die Erwerbslosen an die arbeitenden Brüder im ganzen Reich appellieren, sich mit den Forderungen der Erwerbslosen solidarisch zu erklären und für deren Erfüllung mit allen wirtschaftlichen Nachteilen einzutreten.

Da von den Freiwilligenverbänden die Professorensammlungen der Erwerbslosen als willkommene Gelegenheit zu Desorganisierendem Einschreiten genutzt werden könnten, werden die Erwerbslosen nachdrücklich aufgefordert, sich in keiner

Weise propagieren zu lassen und Demonstrationen und Ansammlungen auf Plätzen und Straßen zu vermeiden. Erwerbslose erscheint in Massen!

Arbeitslose Groß-Berlin! Am Donnerstag, den 24. April, nachm. 1 Uhr, Große Arbeitslosen-Versammlung in folgenden Lokalen: „Städtischer Moabit“, Altmohr 47-48, „Höhen-Beaure“, Kreuzauer Berg, „Gewerkschaftshaus“, Engel-Her 15, „Habels Brauerei“, Bergmannstraße 57, „Königsbau“, Große Frankfurter Straße; für sich nebeneinander: Friedrichstraße: Volkswacht, 3, mittags 2 Uhr; für Reinickendorf: Hartmanns Brauerei, Reinickendorf-West, Schumannstraße 114, um 12 Uhr mittags; für Charlottenburg: „Vollhaus“, Mohrenstraße 4, Großer Saal, um 1 Uhr mittags. Arbeitslose in Massen! Eintritt gegen Arbeitslosengeldkarte! Arbeiterrat der Arbeitslosen Berlin.

Gewerkschaftliches.

Achtung! Artilleriewerkstatt Süd, Spandau. Sämtliche Arbeiter und Angestellte versammeln sich am Donnerstag, den 24. April 1910, mittags 12 Uhr, in der Kantine zwecks Lohnzahlung. Jeder Dienststellenvorsteher und Meister muß bei der Lohnzahlung zugegen sein und ist für die rechtmäßige Empfangnahme des Geldes verantwortlich. Die Auszahlung wird von den bisher dafür bestimmten Lohnzahlbeamten ausgeführt. Bitte haben sich am Donnerstag, den 24. April, bis spätestens 11 Uhr in der Kasse zu melden. Spandau, 23. April 1910. Arbeiterrat: gezeichnet Lea.

Achtung! Arbeiterwerkstatt Süd, Spandau. Informationen für Arbeiter und Angestellte jeden Morgen in der „Neuen Welt“, Spandau. Der Arbeiterrat.

Achtung! Stadtbezirk Spandau. Sämtliche Vertrauensleute, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse sowie die Arbeiterräte der Sozialverbände Spandau treffen sich am Donnerstag, den 24. April, nachmittags 1/2 Uhr in der „Neuen Welt“, Spandau, zur kombinierten Sitzung. Tagesordn. und päpstliches Schreiben unbedingt erforderlich. Der Zentralarbeitsrat: G. B. Bollhoff, Wehrstraße.

Die Siemensangestellten zum Streikabbruch. Die am 22. April im Rufus-Tisch versammelten Angestellten des Siemenskonzerns erklären, daß sie die in der Vereinbarung vom 10. 4. 10 im Reichsarbeitsamt festgelegten Bestimmungen über das Mitbestimmungsrecht der Angestellten zwar nicht als die volle Erfüllung ihrer Forderungen anerkennen, aber doch als eine wichtige Etappe auf dem Wege zum Mitbestimmungsrecht. Es muß Aufgabe der Angestelltenmengen sein, auf dieser Grundlage das Mitbestimmungsrecht der Angestellten weiter auszubauen. Von der Befriedigung erwarten die Siemensangestellten, daß diese Vereinbarung von ihrer Seite einfach übernommen, sondern daß sie vielmehr dem weitergehenden Bedürfnis der Angestellten gerecht wird. Die Angestellten des Siemenskonzerns danken den Kollegen der anderen Geschäftszweige sowie ganz besonders der Arbeiterschaft herzlich für die präzisierenden Beweise von Solidarität, während sie all den ihnen ihre Verachtung auszusprechen, die durch Wort, Schrift und Tat die Kollegenschaft in ihrem ehrlichen Kampf behinderten. Die Kompromisse der hiesigen Presse wurde scharf verurteilt.

Versammlungen.

Zur Frage der proletarischen Einheitsfront. Zwei, in der Schulaula Wiesenstraße, überaus stark besuchte Versammlungen der Genossen beider Richtungen, beschloß nach eingehenden Ausführungen der Genossen Dr. Jodet, U. S. P. und Dr. Halpern S. P. D., sowie fast aller Diskussionsredner, der „Freiheit“ und dem „Vorwärts“ folgende Resolution zur Veröffentlichung zu unterbreiten:

Die vor der Zentralkommission für Einigung, von allen sozialistischen Parteien stark besuchten beiden Versammlungen des Bezirks Nord, seien in der Einigung des gesamten Proletariats das einzige Mittel, der Arbeiterschaft die wirtschaftliche und politische Macht zu sichern. Die Versammelten verpflichten sich, für die Bildung einer geschlossenen Einheitspartei mit allen Kräften zu wirken und verlangen als ersten Schritt hierzu, die Abhaltung gemeinsamer sozialistischer Jahlabende. Ferner wurde noch folgende Infokantrag angenommen: Die Versammelten verpflichten sich, mit aller Energie dafür zu wirken, daß keinem Genossen wegen seiner Parteizugehörigkeit aus dem Besuch dieser gemeinschaftlichen Jahlabende die Gefahr einer Verhaftung erwächst.

Kampf gegen die Waffe.

Diesem Thema galt der gestrige Vortragabend im Minnworth-Schaubuden-Saal von Alfred Weierle und Rudolf Leonhard. Weierle, kein bloßer Deklamator, sondern ein enflammender Agitator, rüttelte mit Reden von Herwegh, Karl Kraus und anderen die Gemüter wach, so schonungslos, daß einige von den viel zu wenigen Besuchern dieses anti-militaristischen Abends wie Aufgepöbelte sturmartig den Saal verließen. Und dann las — im Vortrag etwas schlückert — Rudolf Leonhard, der Dichter der „Vorhölle“ und andere Unschönheiten, mutige Gedanken vor über das Verbrechen aller Völker und die Waffenlosigkeit als stärkste Wehr gegen die Gewalt vor. Wäre nur schon früher im Volkstischen Reichstag die Waffe überall gepredigt worden, lieber mutig gegen den Krieg, als feige im Kriege zu sterben. Den eindrucksvollen Aufschluß bildete Weierles freier und mit künstlerischer Einfühlung gestufter Vortrag von Strindbergs weicherharter „Friedensnovelle“, die mit psychologischen und politischen Unterhaltungen in einer internationalen Verherrlichung des Genfer Rotes Kreuzes und der Schweiz gipfelt. E. B.

Die Revolution in der Erdkugel.

Nicht nur die Menschheit auf der Erde, sondern auch die Erdkugel selbst hat ihre Revolutionen durchzumachen. Außerdem, die der Erdgeschichte angehören, ist jedoch eine Revolution der Erde als Weltkörper dauernd eigen und wenn sie einmal losreißt oder sich wesentlich verändern würde, so würde es auch um alles Leben auf der Erde geschehen sein. Das ist die Bewegung der Erde um die Sonne, die seit ihrer Entdeckung durch den Menschen als Revolution, d. h. Umwälzung bezeichnet wird, im Gegensatz zur Rotation, der Umkehrung der Erde um ihre Achse. Was sonst unter dem Namen der Revolutionen mit Bezug auf den Erdkörper von der Wissenschaft erörtert worden ist, beschränkt sich auf die Oberfläche der Erdkruste. Die aufeinanderfolgenden Epochen der Erdgeschichte haben nach dem Grad der in ihrem Zeitraum erfolgten Veränderungen einen sehr verschiedenen Verlauf genommen. Auf Zeiten der gewaltigen Vulkanausbrüche und der großartigen Gebirgsbildungen, die selbstverständlich nicht ohne Erschütterungen der Erdkruste von unvorstellbarer Kraft geschehen konnten, folgten Zeiten der Ruhe, in denen die Kräfte im Erdinneren verhältnismäßig wenig zur Geltung kamen. Keine noch so große Revolution ist imstande gewesen, das Leben auf der gesamten Erdoberfläche auszulöschen.

„Hinter meinen Erfolgen auf der weichen Leinwand“, sagt Chaplin, „verbirgen sich keine Geheimnisse. Die Sache ist einfach die, daß ich einige Tausende aus der menschlichen Natur kenne, und alles in allem steht ja die Kenntnis der menschlichen Natur hinter allen Erfolgen. Ein in der menschlichen Natur liegender Zug (auf den ich übrigens mehr als auf jeden anderen reche), findet es z. B. überaus komisch, jemanden in einer schwierigen und wenig würdigen Lage zu sehen. Alle Situationskomik beruht auf dieser Tatsache. Die ersten Filmkomödien machten darum ihr Glück, weil die meisten von ihnen Polizisten zeigten, die in Kostenträger fürsteten oder sich in Eimer mit weicher Farbe schoben, oder von wilden Gefährten angegriffen wurden, oder die überhaupt irgend einer Widerwärtigkeit ausgesetzt waren.“

„Koch lustiger als derjenige, dem etwas Lächerliches zustößt, ist indessen der Mann, der, obgleich ihm etwas Lächerliches passiert, sich weigert, das zu erkennen, sondern der versucht, seine Würde zu bewahren.“ Daher sind alle meine Filme auf dem Boden aufgebaut, daß ich irgend welchen Widerwärtigkeiten ausgesetzt bin und mich verzweifelt anstrengte, so zu tun, als ob gar nichts geschehen ist. Deshalb holte ich, in welcher verzweifeltsten Lage auch immer, mit unerschütterlichem Ernst meinen Spagierstock fest, sehr meinen Hut zurecht und ordne meine Kravatte, als ob alles in schönster Ordnung wäre.“

„Wenn ich sehe, wie einer meiner Filme dem Publikum vorgeführt wird, so richte ich stets eines meiner Augen auf die Leinwand und das andere auf das Publikum. Ich passe auf, worüber die Leute lachen und worüber nicht. Ich beobachte meine Filme auf dieselbe Art, wie ein Kaufmann zusieht, was seine Kunden tragen und kaufen. Jeder, der mit der Allgemeinheit zu tun hat, muß seine Kenntnis über das, was die Leute gern haben“,

